

DIE TÄTIGKEIT DER EIDGENÖSSISCHEN KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN IM JAHR 1997

Schwerpunkthemen in diesem Jahr waren für die Eidg. Kommission für Frauenfragen (EKF) die gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern, die Teilnahme an der nationalen Kampagne zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie Vernehmlassungsstellungen zu verschiedenen frauen- und gleichstellungsrelevanten Gesetzesrevisionen. Die Kommission organisierte ein Hearing zum Thema «Wege zur gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern» und publizierte zwei Berichte zur Arbeitsumverteilung und den Auswirkungen von Deregulierungsmaßnahmen auf die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen.

Für die Amtsperiode 1997-2000 ist die Tessiner Grossrätin und bisherige Vizepräsidentin der Kommission, Chiara Simoneschi-Cortesi vom Bundesrat zur neuen Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen gewählt worden. Sie trat damit die Nachfolge von Nationalrätin Judith Stamm aus Luzern an. Als neuer Vizepräsident wurde Enrico Violi gewählt. Neue Kommissionsmitglieder sind: Elisabeth Freivogel (für den aufgrund des Rücktritts der Präsidentin freigewordenen Kommissionsitz), Katharina Willi (für Rose-Marie Gallay-Hofer) und Rita Schiess Müller (für Margrit Siegenthaler-Reusser), die per Ende 1997 bereits wieder zurücktrat. Auf den gleichen Zeitpunkt reichte auch Regula Ernst-Schneebeil ihren Rücktritt ein. Als Nachfolgerin von Verena Laedrach-Feller wurde Graziella Gut Romer neue Mitarbeiterin des Kommissionssekretariats.

1. Plenarsitzungen

An insgesamt vier Sitzungstagen (7. März, 30. Juni, 20./21. November) befasste sich die Kommission insbesondere mit folgenden Traktanden:

- Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen zur 4. Revision der Invalidenversicherung; zum Schwangerschaftsabbruch und zur Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend Familiennamen der Ehegatten,
- Diskussion und Verabschiedung eines Kommentars der EKF zu den Studien «Weniger ist mehr. Konzepte zur Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern» und «Auswirkungen von Deregulierungsmaßnahmen auf Frauen. Eine Bibliographie mit Kommentaren und Zusammenfassungen»,

- Hearing «Wege zu einer gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern» und weitere Folgearbeiten zu dieser Thematik,
- Teilnahme an der nationalen Kampagne «Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft»,
- Vorbereitung eines Beitrags der EKF zum Jubiläumsjahr 1998,
- Erarbeitung von Vorschlägen im Hinblick auf die Eidg. Wahlen 1999,
- Analyse der frauen- und gleichstellungspolitischen Entwicklung in der Schweiz,
- Begleitung und Unterstützung der Folgearbeiten zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz (Beijing 1995).

2. Publikationen

2.1. Publikation des Berichts «Weniger ist mehr. Konzepte zur Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern»

«Frau und Arbeit» ist eines der Schwerpunkthemen der Kommissionsarbeit, zu dem die Kommission in den vergangenen Jahren zahlreiche Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Frauen entwickelt hat. Sie beauftragte daher Dr. Eva Nadai und Peter Gerber vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in Bern, eine Bestandaufnahme über die Vorstellungen und Konzepte massgeblicher politischer AkteurInnen in der Schweiz zur Arbeitsumverteilung zwischen den Geschlechtern zu erstellen. Mittels eines offenen Fragebogens wurden rund 60 Organisationen in der Deutsch- und Westschweiz zu ihren Vorstellungen befragt. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Umverteilung von Arbeit in der politischen Agenda der Befragten einen unterschiedlich hohen Stellenwert einnimmt. Namentlich die Vorstellungen über die notwendigen Schritte bleiben häufig sehr vage. Es fehlt am konsequenten Einbezug beider Aspekte von Arbeitsumverteilung in ein Gesamtkonzept, bei dem sowohl die Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern als auch die Verteilung der Arbeit zwischen Beschäftigten und Erwerbssuchenden behandelt werden. Der im Juli an einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht enthält ein Fazit der EKF, in dem diese die politischen AkteurInnen auffordert, bei der Diskussion über Arbeitsumverteilung vermehrt auch die gleichstellungsrelevanten Fragestellungen zu berücksichtigen.

2.2. Publikation des Berichts «Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen. Eine Bibliographie mit Kommentaren und Zusammenfassungen»

Parallel zu der unter Punkt 2.1. erwähnten Studie vergab die Kommission an Mascha Madörin von der Aktion Finanzplatz Schweiz den Auftrag, eine Literaturstudie zu den Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen zu erstellen. Zielsetzung dieser Studie war die Präzisierung des Begriffs und der Formen von Deregulierung sowie die Analyse der Chancen und Risiken, die sich aus Deregulierungsmassnahmen für die weiblichen Beschäftigten ergeben. Da es in der Schweiz dazu noch kaum Untersuchungen gibt, wurden für die Literaturstudie schwerpunktmässig Länder ausgewählt, in welchen solche Massnahmen bereits seit längerem durchgeführt oder diskutiert werden. Die im Juli publizierte und an einer Pressekonferenz vorgestellte Studie bietet die Grundlagen für die Entwicklung adäquater Fragestellungen auch in der Schweiz. In ihrem Fazit formuliert die EKF den Handlungsbedarf und fordert eine vermehrte Forschung auf nationaler Ebene sowie eine höhere schweizerische Beteiligung an Forschungsvorhaben im internationalen Kontext, die Durchsetzung einer gleichstellungsorientierten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Überprüfung der staatlichen Finanz- und Budgetpolitik im Hinblick auf ihre geschlechterspezifischen Wirkungen und den Einbezug von Frauen sowie ein effizientes Monitoring bei der Reorganisation von Institutionen und Unternehmen.

2.3. F-Frauenfragen

Die erste Nummer des Bulletins ist dem Schwerpunktthema «Gewalt gegen Frauen» gewidmet. Sie enthält die Referate der im Dezember 1996 in Bern von der EKF und dem Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführten Tagung «Tolérance zéro! Voraussetzungen für eine Politik, die Gewalt von Männern gegen Frauen nicht mehr duldet» sowie Informationen zur nationalen Gewaltkampagne (Mai-Juli 1997) und Literaturhinweise zum Thema.

Die Doppelnummer (2-3/97) setzt sich mit dem Thema Zivilstands(un)abhängigkeit auseinander. Nach wie vor bestehen Diskriminierungen aufgrund des Zivilstandes. Die verschiedenen Artikel zeigen einige Bereiche mit zivilstandsbedingten Ungleichheiten auf und thematisieren die Diskriminierungen bei den Rechten (z.B. Sozialversicherungsrecht) und bei den Pflichten (z.B. Steuersysteme).

3. Vernehmlassungen

3.1. Stellungnahme zur 4. Revision des Invalidenversicherungsgesetzes (IVG)

Die EKF ist mit der Durchführung der 4. IVG-Revision in zwei Etappen einverstanden. Sie beantragt die Beseitigung der noch vorhandenen Benachteiligungen von Frauen in der IV. Der zweite Teil der Revision muss

aufgrund des bestehenden Verfassungsauftrages zur Gleichstellung nach Art. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung um diesen Themenkomplex erweitert werden. Grundlage für die Überprüfung der Bereiche, in denen nach wie vor direkte und indirekte Diskriminierungen bestehen, sind die diversen Studien zur Situation der Frauen in der IV und die Vorschläge der EKF. Erneut wird auch darauf hingewiesen, dass die Schaffung einer Mutterschaftsversicherung nicht noch weiter hinausgeschoben werden darf. Die Invalidenversicherung, die Erwerbsersatzordnung und die Mutterschaftsversicherung sind drei Versicherungszweige mit unterschiedlichen sozialpolitischen Aufgaben, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

(Stellungnahme publiziert in F 2-3/97)

3.2. Stellungnahme zum Bericht «Umriss zu einem Integrationskonzept» der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA)

Die Kommission begrüsst den Bericht der EKA als wichtigen Schritt zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes. Die gesetzliche Verankerung der Integrationsaufgabe ins Ausländergesetz ist zu befürworten. Integration muss ein wechselseitiger Prozess sein, der sowohl von den Zugewanderten wie aber vor allem auch von der Schweizer Bevölkerung Lernbereitschaft erfordert. Künftig muss der Lebens- und Arbeitssituation der Migrantinnen mehr Aufmerksamkeit zukommen. Stereotype Darstellungen der Situation dieser Frauen müssen vermieden werden. Je nach ethnischer und soziokultureller Herkunft, Alter, Schicht, Ausbildung der Eltern, Einwanderungs- bzw. Aufenthaltsgründen sind ihre Lebensläufe, ihre persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten in der Schweiz sehr unterschiedlich. Rechtliche und sonstige Benachteiligungen von ausländischen Frauen müssen erfasst und spezifische Massnahmen zur Verbesserung ihrer Situation ergriffen werden. Frauenspezifische Massnahmen sind zudem mit Migrantinnenorganisationen sowie mit weiteren Fachfrauen schweizerischer und ausländischer Herkunft zu entwickeln.

3.3. Stellungnahme zum Vorentwurf über die Änderung des Strafgesetzbuches betreffend Schwangerschaftsabbruch

Die Kommission unterstützt eine Änderung des Strafgesetzbuches betreffend den Schwangerschaftsabbruch. Statt 14 Wochen soll die Frist jedoch 16 Wochen umfassen. Auch nach Ablauf dieser Frist soll die Frau bei einem Abbruch nicht bestraft werden. Beim Entscheid über den Abbruch einer Schwangerschaft geht es um eine ethische Frage, die nur die betroffene Frau für sich selber beantworten kann. Grundsätzlich sollte der Schwangerschaftsabbruch deshalb straflos sein, wie dies in einem Minderheitsantrag in der nationalrätlichen Rechtskommission vorgeschlagen wurde. Der Vorschlag, wonach der Abbruch innerhalb einer Frist von 14 Wochen straflos erklärt wird, kann aber als Kompromiss unterstützt werden. Bei einem Schwangerschaftsabbruch muss die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung gewährleistet sein. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen

verlangt des weiteren vermehrte präventive Massnahmen wie eine obligatorische Sexualerziehung in der Schule, die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen und ein verbessertes Angebot an Familienplanungs- und Beratungsstellen. Sie unterstreicht überdies die Dringlichkeit, die bestehenden Lücken in der Sozial- und Familienpolitik (Mutterschaftsversicherung, Kinderzulagen, familienexterne Kinderbetreuung usw.) zu schliessen.

(Stellungnahme publiziert in F 2-3/97)

3.4 *Stellungnahme zum Vorentwurf über die Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend Familiennamen der Ehegatten*

Die EKF unterstützt die angestrebte Änderung des Namensrechts, da die bisherigen, für Männer und Frauen ungleichen, Bestimmungen zur Namenswahl gegen das Gleichstellungsgebot verstossen. Die Kommission spricht sich für die neu vorgeschlagene Lösung aus, die der Braut und dem Bräutigam die Möglichkeit gibt, zwischen einem gemeinsamen Familiennamen und der Beibehaltung des eigenen Namens zu wählen. Wenn die Eheleute keine Erklärung zur Namenswahl abgeben, sollen sie ihren bisherigen Namen behalten. Verheiratete Eltern, welche keinen gemeinsamen Familiennamen tragen, sollen zudem den Namen des gemeinsamen Kindes wählen können.

(Stellungnahme publiziert in F 2-3/97)

4. *Abgeschlossene Projekte*

4.1. *Nationale Kampagne «Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft»*

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist eines der Schwerpunktthemen der Kommission. Als Folgearbeit zur Tagung «Tolérance zéro! Voraussetzungen für eine Politik, die Gewalt von Männern gegen Frauen nicht duldet» vom Dezember 1996 beteiligte sich die Kommission an der ersten nationalen Kampagne «Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft», welche von Mai bis Juli 1997 unter der Projektleitung der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten mit verschiedenen Trägerschaften durchgeführt wurde. Zielsetzung der Kampagne war die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit. Zudem sollten gewaltbetroffene Frauen und gewaltausübende Männer befähigt werden, sich aus Opfer- und Täterperspektive aktiv gegen die Gewalt einzusetzen. Die Kampagne bestand aus verschiedenen Teilen: Plakataushang in öffentlichen Verkehrsmitteln, breite Streuung von Informationsmaterial: Broadsheet mit Grundinformationen, Booklet mit Tips für Betroffene, Postkarten, Faltblatt in verschiedenen Sprachen für MigrantInnen, TV-Spots während zwei Wochen im Schweizer Fernsehen, Informationstelefon während zehn Wochen sowie diverse Veranstaltungen und Aktivitäten in den Kantonen und zwei Buchpublikationen zur Thematik.

4.2. *Hearing über Wege zur gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern*

Im Zusammenhang mit der Publikation der unter den Punkten 2.1. und 2.2. erwähnten Berichte über das Thema «Frau und Arbeit» setzte sich die Kommission im Rahmen eines Hearings mit Wegen zur gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auseinander. Zielsetzung war einerseits eine Vertiefung des Themas und andererseits die Herauskrystallisierung von offenen Fragen, mit denen sich die EKF weiter zu befassen hat. Neben den Kommissionsmitgliedern nahmen an diesem Hearing weitere interessierte Personen aus Fachkreisen teil. Markus Meier, Mitglied der Arbeitsgruppe «Umverteilung der Arbeit» der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS), Zürich, referierte zum Modell der doppelten 25-Stundenwoche und zum Arbeitsmixbonus der SPS, Prof. Hans Würzler, Co-Präsident der Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung (GeGAV), Pfäffikon, zur eidgenössischen Volksinitiative «zur gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit» und Prof. Yves Flückiger, Universität Genf, zu arbeitsmarktpolitischen Massnahmen zur Förderung einer Arbeitsumverteilung zwischen den Geschlechtern. Anschliessend fand mit den Referenten und Gästen eine Diskussion statt.

5. *Laufende Projekte*

5.1. *Vorbereitung eines Beitrages der Kommission zum Jubiläumsjahr 1998*

Im Jubiläumsjahr des Schweizerischen Bundesstaats will die Kommission die Geschichte der Frauen, namentlich den Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter für ein breites Publikum sichtbar machen. Sie hat für das Projekt mit dem Arbeitstitel «Chronologie frauen- und gleichstellungspolitischer Ereignisse in der Schweiz 1848 bis 1998» eine Begleitgruppe eingesetzt. Diese bereitet zusammen mit einer Historikerin die Publikation einer Zeittafel mit den wichtigsten Daten und Fakten als Plakat sowie Fact-Sheets vor, in denen die auf dem Plakat angeführten Daten und ihre Bedeutung für die Gleichstellung näher erläutert werden. Die beiden Publikationen werden 1998 auf deutsch, französisch und italienisch erscheinen.

Die Begleitgruppe befasste sich in mehreren Sitzungen mit Fragen des (Fein)konzepts und der Auswahl und Darstellung der historisch relevanten Daten. Die Diskussionen verfolgten das Ziel, historische Sachverhalte zur Frauengeschichte in allgemeinverständlicher und genauer Form aufzuarbeiten. Die Gruppe setzte sich zusammen aus der Projektbeauftragten Dr. Eva Sutter (Historikerin, Zürich) sowie aus Fachexpertinnen aus der italienischen respektive französischen Schweiz, VertreterInnen der Kommission und des Kommissionssekretariats.

5.2. *Politische Partizipation von Frauen*

Die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der Politik ist eines der zentralen Anliegen der EKF. Sie hat deshalb dieses Thema in den vergangenen

Jahren immer wieder aufgegriffen. Sie hat eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Kommission und dem Sekretariat, eingesetzt, welche an mehreren Sitzungen Vorschläge für Aktivitäten der EKF im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 1998 des Bundes zum Thema «Frauen und Politik» und des weiteren für die National- und Ständeratswahlen 1999 entwickelte.

6. Verschiedenes

6.1. Frauenförderung in der allgemeinen Bundesverwaltung

Die Kommission befasste sich anlässlich der Publikation des Berichts «Die erste Frauenförderungsperiode in der allgemeinen Bundesverwaltung 1992-1995» des Eidgenössischen Personalamtes mit der Situation der weiblichen Beschäftigten in der Bundesverwaltung. In einem Brief an den zuständigen Bundesrat begrüsst sie einerseits die Bemühungen zur Verbesserung der Situation der beim Bund beschäftigten Frauen, bemängelt jedoch, dass nur 60% der Bundesämter innerhalb der ersten Frauenförderperiode ein Frauenförderprogramm in Kraft gesetzt haben. Für die zweite Frauenförderungsperiode 1996-1999 sieht die Kommission folgenden Handlungsbedarf: Alle Bundesämter sollten ein Frauenförderprogramm entwickeln und durch konkrete Zielvorgaben den Frauenanteil namentlich in Führungspositionen erhöhen. Besonders wichtig ist die konsequente Gleichstellung der Teilzeitarbeit mit der Vollzeitarbeit. Die Gleichstellungsbeauftragten auf Ebene Bundesamt benötigen ausreichende Stellenprozent und eine bessere Position innerhalb des Amtes zur Erfüllung ihrer Aufgaben sowie einen direkten Zugang zur Amtsleitung. Gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sollen verbindliche Richtlinien bzw. Massnahmen entwickelt werden. Durch eine regelmässige Berichterstattung und ein verbessertes Monitoring soll die künftige Entwicklung analysiert werden. Dazu sind neue Controllinginstrumente und -mechanismen durch das Eidgenössische Personalamt notwendig.

6.2. Kontakte

Anlässlich der zweitägigen November-Plenarsitzung in Bellinzona trafen die Mitglieder der Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und kantonalen Politik, der kantonalen Kommission für Frauenfragen sowie Presseleuten zu einem Gedankenaustausch zusammen und liessen sich über die Situation der Frauen im Kanton Tessin informieren.

Die Kommissionspräsidentin, Chiara Simoneschi-Cortesi, besuchte im Juni aufgrund einer Einladung von Marianne Heimoz, Direktorin in Hindelbank, die Anstalten in Hindelbank für Frauen und liess sich sowohl über die nun abgeschlossenen baulichen Sanierungsmassnahmen als auch über die Situation der Frauen in Hindelbank informieren.

Das Kommissionssekretariat nahm an den in jeder Parlaments-Session stattfindenden Treffen der Parlamen-

tarinnen teil, darunter auch am Treffen mit den Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen.

6.3. Dokumentationsstelle für Frauenfragen

Auch dieses Jahr erhielt die Dokumentationsstelle Zuwachs an aktueller Fachliteratur. Besonders zu nennen sind die rund 150 Publikationen, die in der von der Kommission herausgegebenen kommentierten Bibliographie «Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen» behandelt werden. Diese Auswahl internationaler, in der Schweiz nicht leicht zugänglicher Literatur zum Thema kann in der Bibliothek ausgeliehen werden. Zu den Dienstleistungen gehörten wie bisher mündliche und schriftliche Auskünfte zu gleichstellungsrelevanter Literatur, die Zusammenstellung von themenspezifischen Bücherlisten, die Ausleihe von Büchern und Broschüren sowie der Versand einer periodischen Neuerwerbungsliste. Mit der Installation einer neuen Version des Literaturdokumentationssystems LIDOS ist die Recherche in der Bibliothek einfacher und bequemer geworden.

6.4. Internationales

Vom 13. bis 14. November 1997 fand in Istanbul die 4. Europäische Ministerinnen- und Ministerkonferenz zur Gleichstellung von Frau und Mann statt. Das Thema dieser Konferenz war «La démocratie et l'égalité entre les femmes et les hommes», welches im Rahmen von zwei Unterthemen behandelt wurde: «L'égalité entre les femmes et les hommes en tant que critère fondamental de la démocratie» und «Promotion de l'égalité dans une société démocratique: le rôle des hommes». Verabschiedet wurden eine Deklaration über Strategien zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik und eine Resolution, in der auf die Dringlichkeit von gezielten Massnahmen hingewiesen wird. An dieser vom Europarat durchgeführten Konferenz nahmen Patricia Schulz, Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann als Delegationsleiterin, Chiara Simoneschi-Cortesi, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Elisabeth Keller, Leiterin des Kommissionssekretariats, und Dr. Werner Seitz, Leiter des Bereichs Abstimmungen und Wahlen im Bundesamt für Statistik, teil. Chiara Simoneschi-Cortesi vertrat die Schweiz bereits an dem im Juni in Strassburg organisierten Vorbereitungsseminar zur Konferenz.

Die Tätigkeiten des Gleichstellungskomitees des Europarates (*Comité Directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes*) bezogen sich hauptsächlich auf die Vorbereitung der Istanbuler Konferenz. Bereits zum fünften Mal wurde ein Internationales Atelier zur Gleichstellung von Frau und Mann in Europa organisiert, an dem sich von Schweizer Seite Claudia Kamber vom Bundesamt für Gesundheit beteiligte (Tallinn, 27.-29. November 1997). Dieses Internationale Atelier dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den west-, zentral- und osteuropäischen Staaten über Frauen- und Gleichstellungspolitik. Als Konferenzorte werden traditionell ost- und zentraleuropäische Staaten berücksichtigt, um

ihnen eine möglichst breite Partizipation zu ermöglichen. Weitere Themen des Komitees waren in diesem Jahr die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und des Frauenhandels.

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen liess sich über den Stand der schweizerischen Folgearbeiten der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz (Beijing 1995) informieren und nahm am Informationstreffen des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann mit den Nicht-Regierungsorganisationen im November teil.

TÄTIGKEITSSCHWERPUNKTE 1998

1. Geplante Publikationen

1.1. Publikation einer Zeittafel und Fact-Sheets zur Geschichte der Frauen

Geplant ist die Publikation einer Zeittafel zur Geschichte der Frauen in der Schweiz und Fact-Sheets, in denen die auf dem Plakat angeführten Daten und ihre Bedeutung für die Gleichstellung näher erläutert werden (Arbeitstitel des Projekts: Chronologie frauen- und gleichstellungspolitischer Ereignisse in der Schweiz 1848 bis 1998)

1.2. Herausgabe des F-Frauenfragen

Es sollen wieder 2-3 Nummern des Bulletins F-Frauenfragen zu aktuellen Themen erscheinen. Das Erscheinungsbild des Bulletins soll lesefreundlicher gestaltet werden.

2. Vernehmlassungen

Zu Gesetzesentwürfen, welche frauen- und gleichstellungsrelevant sind, werden Vernehmlassungsstellungen erarbeitet.

3. Laufende Projekte und Arbeitsgruppen

3.1. Chronologie frauen- und gleichstellungspolitischer Ereignisse

Die AG Chronologie bereitet die Publikation der Zeittafel und der Fact-Sheets zur Geschichte der Frauen in der Schweiz von 1848 bis 1998 vor.

3.2. Politik

Die AG Politik konkretisiert ihre Vorschläge für Aktionen der EKF im Hinblick auf die Eidgenössischen Wahlen 1999 und nimmt Kontakt mit Partei- und MedienvertreterInnen sowie weiteren interessierten Stellen auf.

3.3. Mutterschaftsversicherung/Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik befasst sich erneut mit der Mutterschaftsversicherung, verfolgt die laufende Diskussion über die verschiedenen Sozialversicherungen und unter-

breitet dem Plenum gegebenenfalls Vorschläge für diesbezügliche Aktivitäten der EKF.

3.4. Arbeitsumverteilung

Die EKF wird sich, eventuell im Rahmen einer neuen Arbeitsgruppe, weiterhin mit Wegen zur gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auseinandersetzen.

4. Weitere Themen

- Entwicklung und Perspektiven der Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Gewalt gegen Frauen
- Bildung, Berufsbildung
- Vereinbarkeit Beruf und Familie
- Familienexterne Kinderbetreuung
- Steuern
- Gen- und Reproduktionstechnologien
- Frauenflüchtlinge und Migration
- Folgearbeiten der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing (September 1995) und Umsetzung des nationalen Aktionsplans für die Schweiz

LES ACTIVITES DE LA COMMISSION FEDERALE POUR LES QUESTIONS FEMININES EN 1997

En 1997, les points forts des activités de la Commission fédérale pour les questions féminines (ci-après Commission) ont été une répartition plus équitable du travail rémunéré et du travail non rémunéré entre les femmes et les hommes, la participation à la campagne nationale de lutte contre la violence à l'égard des femmes et différentes prises de position sur des révisions de loi touchant aux questions féminines et à l'égalité. La Commission a organisé un hearing portant sur le thème d'une répartition plus équitable du travail entre les sexes et publié deux rapports, l'un sur la redistribution du travail et l'autre sur les effets des mesures de dérégulation sur la situation professionnelle et la vie des femmes.

Le Conseil fédéral a nommé Madame Chiara Simoneschi-Cortesi, députée au Grand conseil tessinois et ancienne vice-présidente de la Commission, présidente de la Commission pour la période administrative 1997-2000. Elle succède à la conseillère nationale lucernoise Judith Stamm. Monsieur Enrico Violi a été nommé vice-président. La Commission compte plusieurs nouveaux membres: Mesdames Elisabeth Freivogel (qui a succédé à l'actuelle présidente), Katharina Willi (qui a succédé à Rose-Marie Gallay-Hofer) et Rita Schiess Müller (qui a succédé à Margrit Siegenthaler-Reusser), laquelle a décidé de mettre un terme à son mandat fin 1997, tout comme Madame Regula Ernst-Schneebeli. Madame Graziella Gut Roemer a remplacé Madame Verena Laedrach-Feller au secrétariat de la Commission.

1. Séances plénières

La Commission s'est réunie à quatre reprises (les 7 mars, 30 juin et 20/21 novembre). A l'ordre du jour des différentes séances figuraient notamment:

- les prises de position sur la 4e révision de l'assurance-invalidité, sur l'interruption de grossesse et sur la modification du Code civil concernant le nom de famille des époux, mis en consultation;
- la discussion et l'adoption d'un commentaire de la Commission sur les études «Qui perd gagne. Réflexions sur une redistribution du travail entre les sexes» et «Conséquences pour les femmes des mesures de dérégulation. Bibliographie avec commentaires et résumés»;
- le hearing sur les moyens de répartir plus équitablement le travail entre les sexes et le suivi de ce hearing;

- la participation à la campagne nationale «Halte à la violence contre les femmes dans le couple»;
- la préparation d'une contribution de la Commission aux commémorations de 1998;
- l'élaboration de propositions en vue des élections fédérales en 1999;
- l'analyse de l'évolution de la politique féminine et de l'égalité en Suisse;
- le suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme.

2. Publications

2.1. Publication du rapport «Qui perd gagne. Réflexions sur une redistribution du travail entre les sexes»

Le thème «la femme et le travail» est au centre des activités de la Commission. C'est un sujet sur lequel elle a formulé, ces dernières années, de nombreuses recommandations visant à améliorer la situation des femmes. C'est pourquoi la Commission a chargé Madame Eva Nadai et Monsieur Peter Gerber, du Bureau d'études en politique sociale et du travail à Berne (Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, BASS) de dresser l'inventaire des différentes façons dont les principales responsables politiques suisses conçoivent la redistribution du travail entre les sexes. Un questionnaire a été adressé à une soixantaine d'organismes en Suisse alémanique et en Suisse romande. Les résultats de l'enquête révèlent des différences importantes selon les instances consultées. En particulier les idées quant à la réalisation de cette nouvelle répartition restent souvent vagues. Il manque une conception d'ensemble qui intégrerait les deux aspects d'une redistribution du travail: entre femmes et hommes (travail rémunéré et travail non rémunéré) et entre les personnes actives et celles en quête d'un emploi. Présenté par la Commission en juillet à l'occasion d'une conférence de presse, le rapport contient un bilan dans lequel celle-ci invite les acteurs politiques à tenir compte des questions d'égalité entre les sexes dans les discussions sur la redistribution du travail.

2.2. Publication du rapport «Conséquences pour les femmes des mesures de dérégulation. Bibliographie avec commentaires et résumés»

Parallèlement à l'étude présentée ci-dessus, la Commission a également chargé Madame Mascha Madörin de «Action Place financière Suisse» de recenser des ouvrages traitant des conséquences des mesures de dérégulation pour les femmes. Il s'agissait tout d'abord de préciser cette notion de dérégulation et les formes qu'elle peut

revêtir, puis d'analyser les chances et les risques qui en découlent pour les femmes qui travaillent. Comme il n'existe guère, en Suisse, d'enquêtes sur ce sujet, on a choisi, pour réunir la bibliographie, des pays dans lesquels de telles mesures sont en vigueur depuis plus longtemps ou font l'objet de discussions. Publiée et présentée lors d'une conférence de presse en juillet, l'étude permet de mieux formuler des questions qui touchent de près aussi la Suisse. Dans le bilan qu'elle dresse, la Commission conclut qu'il est urgent d'agir: elle estime qu'il faut encourager les recherches nationales sur le sujet, intensifier la participation de notre pays à des projets de recherches internationaux, mettre en oeuvre une politique sociale et de marché du travail orientée sur l'égalité, vérifier les conséquences de la politique financière et budgétaire de l'Etat sur les sexes ainsi qu'associer les femmes et intégrer le monitoring à la réorganisation des institutions et des entreprises.

2.3. *F-Questions au féminin*

Le premier numéro du bulletin était principalement consacré à la violence dont sont victimes les femmes. Il contient, outre des indications bibliographiques, les exposés du colloque organisé au mois de décembre 1996 par la Commission et le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes «Tolérance zéro! Comment établir une politique efficace contre la violence des hommes envers les femmes» et des informations sur la campagne nationale «Halte à la violence contre les femmes dans le couple», menée durant les mois de mai et de juin.

Au sommaire du numéro double (2-3/97), il y avait le thème «dépendre ou non de l'état civil». Des discriminations en raison de l'état civil persistent. Les différents articles ont pour sujet les inégalités dues à l'état civil aux niveaux tant des droits (p. ex. assurances sociales) que des obligations (p. ex. régimes fiscaux).

3. *Consultations*

3.1. *Prise de position relative à la 4e révision de la loi sur l'assurance-invalidité (LAI)*

La Commission est favorable à une révision en deux étapes de la loi sur l'assurance-invalidité. Elle propose en premier lieu que soient éliminées toutes formes de discrimination à l'égard des femmes dans l'assurance-invalidité (AI). En deuxième partie la révision doit être élargie à la problématique en vertu du principe de l'égalité entre les sexes inscrit à l'article 4, 2e alinéa, de la Constitution fédérale. Les discriminations directes et indirectes qui subsistent doivent être mesurées d'après les diverses études sur la situation des femmes dans l'AI et des propositions de la Commission. Celle-ci fait remarquer une fois de plus que la création d'une assurance-maternité ne doit, sous aucun prétexte, être une nouvelle fois remise à plus tard. En outre, la Commission est d'avis que, l'AI, le régime sur les allocations pour perte de gain et l'assurance-maternité sont trois branches d'assurance qui im-

pliquent chacune des tâches de politique sociale différentes, il faut donc éviter de les mettre en concurrence.

3.2. *Prise de position sur le rapport «Esquisse pour un concept d'intégration» de la Commission fédérale des étrangers*

La Commission se félicite du rapport de la Commission fédérale des étrangers et le considère comme une étape importante dans l'élaboration d'un concept d'intégration. A son avis, l'inscription de l'intégration dans la loi sur les étrangers doit être saluée. L'intégration doit être comprise comme un processus réciproque qui demande tant aux immigrés qu'à la population suisse de faire preuve d'ouverture. A l'avenir, il faudra prêter une plus grande attention à la réalité sociale et professionnelle des immigrées et éviter d'avoir recours à des stéréotypes pour décrire leur situation. Leur vie et les possibilités personnelles, professionnelles et sociales qui s'offrent à elles varient énormément en fonction de leur origine ethnique et socioculturelle, de leur âge, de la couche sociale à laquelle elles appartiennent, de la formation de leur parent et des raisons qui les ont conduites à immigrer ou à élire domicile en Suisse. Il convient de mettre en lumière les handicaps que rencontrent les femmes étrangères, sur le plan juridique notamment, et de prendre des mesures ciblées en vue d'améliorer leur situation. Il faut aussi collaborer avec des organisations oeuvrant en faveur d'immigrées et d'autres professionnelles suisses et étrangères pour développer des mesures qui tiennent compte de la situation des femmes.

3.3. *Prise de position sur l'avant-projet de modification du Code pénal concernant l'interruption de grossesse*

La Commission appuie une modification du Code pénal concernant l'interruption de grossesse. Elle propose cependant d'étendre la durée pendant laquelle une grossesse peut légalement être interrompue de 14 à 16 semaines. La décision d'interrompre ou non une grossesse pose une question éthique à laquelle seule la femme concernée peut apporter une réponse. Si l'interruption de grossesse ne devrait fondamentalement pas être punissable, comme le demande une motion formulée par une minorité de la commission des affaires juridiques du Conseil national, la Commission peut néanmoins, en guise de compromis, soutenir la motion selon laquelle une interruption de grossesse n'est pas punissable durant les 14 premières semaines. Les coûts occasionnés par une interruption de grossesse devraient être couverts par l'assurance-maladie. La Commission exige en outre que soient prises davantage de mesures préventives telles que l'éducation sexuelle obligatoire à l'école, la prise en charge des moyens de contraception par les caisses-maladie et une meilleure offre de centres de conseil et de planning familial. Elle souligne par ailleurs qu'il est urgent de combler les lacunes dans la politique sociale et familiale (assurance-maternité, allocations pour enfants, crèches et autres possibilités de garde). (La prise de position a paru dans le F 2-3/97.)

3.4. *Prise de position sur l'avant-projet de révision du Code civil concernant le nom de famille des époux*

La Commission se félicite des efforts entrepris pour modifier le droit du nom étant donné que les dispositions inégales encore en vigueur quant au choix du nom sont contraires au principe de l'égalité entre femmes et hommes. Elle est favorable à la solution proposée selon laquelle la fiancée et le fiancé ont la possibilité de choisir entre prendre un nom de famille commun ou garder chacun leur propre nom. Elle soutient aussi la disposition qui prévoit qu'en l'absence de déclaration des fiancés, ceux-ci gardent chacun leur nom. En outre, les parents mariés ayant un nom de famille différent devraient pouvoir choisir le nom que portera leur enfant. (La prise de position a paru dans le F 2-3/97.)

4. *Projets achevés*

4.1. *Campagne nationale «Halte à la violence contre les femmes dans le couple»*

La lutte contre la violence envers les femmes constitue un point fort des activités de la Commission. A la suite du colloque «Tolérance zéro! Comment établir une politique efficace contre la violence des hommes envers les femmes», organisé en décembre 1996, la Commission a participé à la première campagne nationale «Halte à la violence contre les femmes dans le couple», laquelle a été menée durant les mois de mai et de juin sous la houlette de la Conférence suisse des déléguées à l'égalité entre femmes et hommes et en collaboration avec d'autres organismes. La campagne avait pour but de sensibiliser l'opinion publique et de permettre aux femmes violentées et aux hommes agresseurs de tenter de sortir de l'engrenage dans lequel ils sont pris. La campagne comportait plusieurs volets: affiches suspendues dans les transports publics et dissémination de matériel d'information (feuilles volantes contenant des informations générales, brochure d'informations s'adressant aux personnes touchées, cartes postales, dépliants en plusieurs langues destinés aux immigrants, spots publicitaires montrés durant deux semaines à la télévision suisse, mise en service d'une ligne téléphonique spéciale durant dix semaines, diverses manifestations organisées dans les cantons et parution de deux ouvrages sur le sujet).

4.2. *Hearing sur les moyens de répartir plus équitablement le travail entre les sexes*

En relation avec la publication des rapports portant sur le thème «la femme et le travail», mentionnés aux chiffres 2.1. et 2.2., la Commission a examiné, au cours d'un hearing, les possibilités de répartir plus équitablement le travail entre les sexes. Le hearing avait pour but d'approfondir le sujet et de mettre en exergue des questions que la Commission devra traiter. Ont pris part à ce hearing, outre les membres de la Commission, des spécialistes concernés par le thème. Monsieur Markus Meier du Parti socialiste suisse (PSS), de Zurich, a présenté le modèle de la double semaine à 25 heures et le bonus sur le travail mixte, le professeur Hans Würigler, co-président de la

Société pour une répartition équitable du travail (Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung, GeGAV), de Pfäffikon, a parlé de l'initiative populaire pour une répartition équitable du travail rémunéré et du travail non rémunéré et le professeur Yves Flückiger, de l'Université de Genève, a prononcé un exposé sur les mesures relatives au marché du travail susceptibles de favoriser une redistribution du travail entre les sexes. Les exposés ont été suivis d'une discussion à laquelle ont participé les conférenciers et le public.

5. *Projets en cours*

5.1. *Préparation d'une contribution de la Commission aux commémorations de 1998*

A l'occasion du 150^e anniversaire de l'Etat fédéral suisse, la Commission souhaite présenter à un large public l'histoire des femmes et notamment la lutte pour l'égalité des sexes. En vue de la réalisation du projet, intitulé provisoirement «Chronologie des événements marquants de la politique féminine et de l'égalité de 1848 à 1998», elle a mis sur pied un groupe de travail qui prépare, en collaboration avec une historienne, un tableau chronologique, publié sous forme d'affiche, des principaux événements et dates ainsi que des fiches avec des explications relatives à l'importance de ces dates pour l'histoire de l'égalité des sexes. Les affiches et les fiches paraîtront en français, en allemand et en italien.

Composé de la responsable du projet, Madame Eva Sutter (historienne de Zurich), d'expertes venant de la Suisse romande et de la Suisse italienne ainsi que de représentantes et représentants de la Commission et de son secrétariat, le groupe chargé de suivre le projet s'est réuni à plusieurs reprises pour affiner l'idée, sélectionner les dates et les événements et discuter de la forme que l'on choisirait pour expliquer d'une manière compréhensible pour tout le monde l'importance de ces dates et de ces événements pour l'histoire des femmes.

5.2. *Participation politique*

Ces dernières années, la Commission n'a cessé d'œuvrer en faveur de la réalisation de l'égalité entre femmes et hommes au niveau politique. C'est pourquoi elle a mis sur pied un groupe de travail, composé de membres de la Commission et du secrétariat, qui s'est réuni plusieurs fois pour élaborer des propositions d'activités sur le thème «les femmes et la politique» dans la perspective des commémorations de 1998 et des élections au Conseil national et au Conseil des Etats en 1999.

6. *Divers*

6.1. *Promotion des femmes dans l'administration générale*

A l'occasion de la publication du rapport «La première période de la promotion des femmes dans l'administration générale de la Confédération 1992-1995», publié par

l'Office fédéral du personnel (OFPER), la Commission s'est penchée sur la situation des agentes dans l'administration fédérale. Dans une lettre adressée au conseiller fédéral compétent, elle s'est félicitée des efforts déployés en faveur de l'amélioration de la situation des femmes employées dans l'administration fédérale, mais regrette que seulement six offices sur dix aient mis en oeuvre un programme de promotion de la femme durant cette première période. La Commission estime que durant la deuxième période, il conviendra d'agir à différents niveaux. Tous les offices fédéraux devront élaborer un programme de promotion de la femme et fixer des objectifs concrets pour faire progresser la proportion des femmes dans les fonctions de cadres. La réalisation de l'égalité des chances entre les personnes travaillant à temps partiel et celles employées à temps complet devra être au centre des efforts. Par ailleurs, il faudra améliorer la position des déléguées à l'égalité au sein des offices et faire en sorte qu'elles aient un accès direct à la direction et que leur cahier des charges prévoit un pourcentage suffisant leur permettant d'accomplir leur mission. La Commission estime en outre qu'il faudra élaborer des directives contraignantes prévoyant des mesures concrètes pour régler la marche à suivre en cas de harcèlement sexuel sur le lieu du travail. Des rapports réguliers et un meilleur monitoring devraient contribuer à pouvoir mieux analyser les progrès réalisés à l'avenir. L'OFPER devra élaborer des nouveaux instruments et mécanismes de controlling à cet effet.

6.2. *Contacts*

A l'occasion de la séance plénière de deux jours qui s'est tenue à Bellinzone, les membres de la Commission ont rencontré des représentantes et représentants politiques locaux et cantonaux, de la commission cantonale chargée des questions féminines et de la presse pour échanger des idées et pour s'informer sur la situation des femmes dans le canton du Tessin.

Répondant à une invitation de Madame Marianne Heimoz, directrice de la prison de Hindelbank, la présidente de la Commission, Madame Chiara Simoneschi-Cortesi s'est rendue, au mois de juin, à ce pénitencier pour femmes, récemment rénové pour se faire une idée des conditions dans lesquelles vivent les prisonnières.

Le secrétariat de la Commission a participé aux réunions des députées fédérales, qui ont lieu à chaque session, et notamment à la séance avec les présidentes des organisations féminines suisses.

6.3. *Centre de documentation pour les questions féminines*

Le centre a, cette année encore, vu augmenter le nombre de nouvelles publications spécialisées. Citons en particulier les quelque 150 publications qui figurent dans la bibliographie commentée «Conséquences pour les femmes des mesures de dérégulation», publiée par la Commission. Cette bibliographie présente un choix de publications internationales spécialisées, qui ne sont pas faci-

les à obtenir en Suisse et qui peuvent être empruntées au centre. Celui-ci offre toute une palette de services: renseignements par oral et par écrit sur des publications traitant de l'égalité entre femmes et hommes, listes d'ouvrages traitant d'un problème particulier, prêt de livres et de brochures ainsi qu'envoi périodique d'une liste des nouvelles acquisitions. L'installation de la nouvelle version du système LIDOS a rendu la recherche de documents plus aisée.

6.4. *Collaboration internationale*

La 4e Conférence ministérielle européenne sur l'égalité entre les femmes et les hommes s'est réunie les 13 et 14 novembre 1997 à Istanbul. Placée sous le thème «La démocratie et l'égalité entre les femmes et les hommes», elle comportait deux volets: «L'égalité entre les femmes et les hommes en tant que critère fondamental de la démocratie» et «Promotion de l'égalité dans une société démocratique: le rôle des hommes». La conférence a approuvé une déclaration portant sur les stratégies permettant de réaliser l'égalité entre les femmes et les hommes en politique et une résolution soulignant l'urgence de prendre des mesures ciblées. Emmenée par Madame Patricia Schulz, directrice du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, la délégation suisse qui a participé à cette conférence organisée par le Conseil de l'Europe était composée de Chiara Simoneschi-Cortesi, présidente de la Commission, laquelle a déjà représenté notre pays lors du séminaire de préparation à la conférence organisé à Strasbourg au mois de juin, d'Elisabeth Keller, responsable du secrétariat de la Commission, et de Werner Seitz, chef du service Votations et élections à l'Office fédéral de la statistique.

Les activités du Comité directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes (CDEG) ont essentiellement porté sur la préparation de la Conférence d'Istanbul. Organisée pour la cinquième fois déjà, l'Atelier international sur l'égalité entre les femmes et les hommes en Europe s'est tenu à Tallin du 27 au 29 novembre 1997. La Suisse y était représentée par Madame Claudia Kamber de l'Office fédéral de la santé publique. Cet atelier a pour objectif l'échange d'informations et d'expériences entre les Etats d'Europe occidentale, centrale et orientale en matière de politique féminine et de l'égalité. Ces ateliers sont traditionnellement organisés dans un des Etats d'Europe centrale ou orientale afin de permettre une participation aussi nombreuse que possible de ces pays. Le CDEG s'est également penché sur la lutte contre la violence à l'égard des femmes et contre la traite des blanches.

La Commission s'est renseignée également sur le suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU pour la promotion de la femme, qui s'est tenue à Pékin en 1995, et a participé, au mois de novembre, à la séance d'information entre le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes et les organisations non gouvernementales.

LES PRIORITÉS POUR 1998

1. Publications

1.1. Publication d'un tableau chronologique et de fiches sur l'histoire des femmes

La Commission prévoit de publier un tableau chronologique retraçant l'histoire des femmes en Suisse et des fiches donnant des explications sur les dates et leur importance pour l'histoire de l'égalité (titre provisoire du projet: Chronologie des événements marquants de la politique féminine et de l'égalité de 1848 à 1998).

1.2. F-Questions au féminin

En principe, publication de deux ou trois numéros du bulletin F-Questions au féminin. La mise en page sera modernisée afin de rendre la publication plus agréable à lire.

2. Consultations

Prises de position sur des projets de lois ayant des incidences sur les femmes et l'égalité.

3. Projets en cours et groupes de travail

3.1. Chronologie des événements marquants de la politique féminine et de l'égalité

Le groupe de travail Chronologie prépare la publication d'un tableau chronologique et de fiches sur l'histoire des femmes en Suisse de 1848 à 1998.

3.2. Politique

Le groupe de travail Politique concrétisera ses propositions d'actions que la Commission pourra lancer dans l'optique des élections fédérales en 1999 et nouera des contacts avec des représentantes et représentants des partis et de la presse ainsi que d'autres organismes intéressés.

3.3 Assurance-maternité et politique sociale

Le groupe de travail Politique sociale se penchera à nouveau sur l'assurance-maternité et suivra les débats qui ont actuellement lieu sur les différentes branches des assurances sociales. Il soumettra à la plénière de la Commission des propositions d'activités dans ce domaine.

3.4. Redistribution du travail

La Commission continuera, peut-être dans le cadre d'un groupe de travail, d'examiner les moyens de répartir plus équitablement le travail entre les sexes.

4. Divers

- Développement et perspectives de la politique féminine et de l'égalité
- Violence à l'égard des femmes
- Formation et formation professionnelle
- Conciliation de la carrière professionnelle et de la vie familiale.
- Garde des enfants
- Impôts
- Technologies génétiques et de reproduction
- Femmes réfugiées et migration
- Suivi de la 4e Conférence mondiale de l'ONU sur la promotion de la femme (Pékin, septembre 1995) et mise en oeuvre du plan national d'action pour la Suisse

(Traduction: Natascha Muther)

LE ATTIVITÀ DELLA COMMISSIONE FEDERALE PER I PROBLEMI DELLA DONNA NEL 1997

Nel 1997, i temi prioritari della Commissione federale per i problemi della donna sono stati: la ripartizione più equa del lavoro retribuito e non retribuito tra donne e uomini, la partecipazione alla campagna nazionale contro la violenza a danno delle donne, le prese di posizione riguardanti le consultazioni su varie revisioni legislative di rilievo per le donne o per la parità. La Commissione ha organizzato un'udienza sul tema delle «modalità per una più equa ripartizione del lavoro tra i sessi» e ha pubblicato due rapporti: uno sulla redistribuzione del lavoro e uno sulle ripercussioni che le misure di deregolamentazione possono avere sulla situazione di vita e di lavoro delle donne.

Per il periodo di carica 1997-2000, il Consiglio federale ha nominato quale nuova presidente della Commissione federale per i problemi della donna Chiara Simoneschi-Cortesi, deputata al Gran consiglio ticinese e sin qui vicepresidente della Commissione; subentra alla consigliera nazionale Judith Stamm di Lucerna. Alla carica di vicepresidente è stato nominato Enrico Violi. Sono entrati a far parte della Commissione in veste di nuove membra: Elisabeth Freivogel (per il seggio divenuto vacante con le dimissioni della presidente), Katharina Willi (per Rose-Marie Gallay-Hofer), e Rita Schiess Müller (per Margrith Siegenthaler-Reusser), la quale si è in seguito dimessa già a fine 1997. Per questa stessa scadenza ha rassegnato le dimissioni anche Regula Ernst-Schneebeli. Graziella Gut Romer succede per contro a Verena Laedrach-Feller quale nuova collaboratrice presso il segretariato della Commissione.

1. Sedute plenarie

Nel corso di quattro sedute plenarie (7 marzo, 30 giugno, 20-21 novembre) la Commissione si è occupata in particolare dei seguenti punti:

- Prese di posizione sulle consultazioni relative alla IV revisione dell'assicurazione invalidità, all'interruzione della gravidanza, e alla modifica del Codice civile riguardante il nome di famiglia dei coniugi.
- Discussione e approvazione di un commento della Commissione sulle ricerche «Meno è di più. Come redistribuire il lavoro tra i sessi» e «Ripercussioni delle misure di deregolamentazione sulle donne. Una bibliografia con commenti e riassunti».

- Udienda «Modalità per una più equa ripartizione del lavoro tra i sessi» e ulteriori lavori su questo stesso tema.
- Partecipazione alla campagna nazionale «Stop alla violenza contro la donna nella coppia».
- Preparazione di un contributo della Commissione per l'anno di giubileo dello stato federale 1998.
- Elaborazione di proposte in vista delle elezioni federali del 1999.
- Accompagnamento e sostegno ai lavori svolti per dare un seguito alla IV Conferenza mondiale sulle donne (Pechino 1995).

2. Pubblicazioni

2.1. Pubblicazione del rapporto «Meno è di più. Come redistribuire il lavoro tra i sessi»

«Donna e lavoro» è uno dei temi che la Commissione ha scelto come prioritari e in merito al quale, negli anni passati, ha emesso numerose raccomandazioni volte a migliorare la situazione delle donne. Essa ha pertanto incaricato la sociologa Eva Nadai e il ricercatore Peter Gerber, dell'Ufficio di ricerche ergo- e sociopolitiche (BASS) di Berna, di allestire un inventario delle idee e dei piani di redistribuzione del lavoro tra i sessi riscontrabili sulla scena politica in Svizzera. Mediante un questionario aperto si sono interpellate su progetti e visioni una sessantina di organizzazioni nella Svizzera tedesca e romanda. I risultati dell'indagine mostrano che la redistribuzione del lavoro occupa un posto più o meno rilevante nell'agenda politica degli interpellati. Particolarmente vaghe sono spesso le idee sui passi da compiersi. Inoltre non si integrano sistematicamente in un piano complessivo i due aspetti della ripartizione: quello della redistribuzione del lavoro retribuito e non retribuito tra i sessi, e quello della ripartizione del lavoro retribuito tra persone occupate e persone disoccupate. Il rapporto, presentato in luglio al pubblico, contiene anche le conclusioni della Commissione. Essa esorta in particolare le attrici e gli attori sulla scena politica a considerare maggiormente, nel dibattito sulla redistribuzione del lavoro, gli interrogativi rilevanti per la parità.

2.2. Pubblicazione del rapporto «Ripercussioni delle misure di deregolamentazione sulle donne. Una bibliografia con commenti e riassunti»

Parallelamente allo studio menzionato al punto 2.1, la Commissione ha incaricato l'economista Mascha Madörin, dell'Azione piazza finanziaria svizzera, di studiare la letteratura esistente sul tema delle ripercussioni che la deregolamentazione comporta per le donne. L'obiettivo

era duplice: precisare il concetto e le forme assunte dalla deregolamentazione, e analizzare le opportunità e i rischi che tali misure comportano per la manodopera femminile. Dato che in Svizzera gli studi sull'argomento sono tuttora rari, si sono considerati prioritariamente i paesi nei quali simili misure sono già introdotte o discusse da tempo. Lo studio, pubblicato e presentato durante una conferenza stampa tenutasi in luglio, offre le basi per elaborare anche in Svizzera interrogativi adeguati. Nelle sue conclusioni, la Commissione elenca i campi in cui sussiste il bisogno di agire e rivendica un'intensificazione della ricerca sul piano nazionale e una maggiore partecipazione del nostro paese ai progetti di ricerca attuati nel contesto internazionale, rivendica una politica sociale e del mercato del lavoro improntata alle pari opportunità, la verifica della politica finanziaria e budgetaria degli enti pubblici nell'ottica delle ripercussioni sui sessi, ma anche il coinvolgimento delle donne e un monitoraggio efficiente in caso di ristrutturazione di istituzioni e imprese.

2.3. F-Problemi al femminile

Il primo numero del bollettino aveva per tema centrale la «violenza contro le donne». Conteneva le relazioni tenute nel dicembre 1996 al convegno «Tolleranza zero! Premesse per una politica che non tollera più la violenza degli uomini contro le donne», organizzato a Berna dalla Commissione in collaborazione con l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, come pure informazioni sulla campagna nazionale contro la violenza (maggio-luglio 1997) e una bibliografia sull'argomento. Il numero doppio (2-3/97) si occupava dell'(in)dipendenza in materia di stato civile. Sussistono infatti tuttora discriminazioni legate allo stato civile. I vari articoli trattavano alcuni settori che ancora conoscono discriminazioni di questo tipo e illustravano le discriminazioni in materia di diritti (p. es. diritto delle assicurazioni sociali) e di doveri (p. es. sistemi fiscali).

3. Consultazioni

3.1. Presa di posizione sulla consultazione concernente la IV revisione dell'assicurazione invalidità (LAI)

La Commissione è d'accordo che si attui la IV revisione della LAI in due tappe. Essa richiede che si eliminino le discriminazioni che tuttora sussistono nell'AI a danno delle donne. La seconda parte della revisione deve essere ampliata in modo da considerare la tematica della parità tra i sessi, quale è prevista in base al mandato costituzionale sancito dall'art. 4 cpv. 2 Cost. La base per la verifica dei settori che conoscono tuttora discriminazioni dirette e indirette è fornita dai vari studi sulla situazione delle donne nell'AI e dalle proposte elaborate dalla Commissione. La presa di posizione sottolinea di nuovo che la creazione di un'assicurazione maternità è improcrastinabile. L'assicurazione invalidità, l'assicurazione per perdita di guadagno e l'assicurazione maternità sono tre rami assicurativi aventi compiti sociopolitici diversi, sicché non è il caso di promuovere l'uno a scapito dell'altro. (Per il testo integrale si rimanda a F 2-3/97)

3.2. Presa di posizione sul rapporto «Abbozzo per un concetto d'integrazione» della Commissione federale degli stranieri (CFS)

La Commissione ritiene che il rapporto della CFS rappresenti un passo importante in vista dell'elaborazione di un piano d'integrazione. Essa appoggia l'intento di iscrivere nella legge sugli stranieri il compito dell'integrazione. L'integrazione deve rappresentare un processo reciproco, che richiede disponibilità all'apprendimento tanto dalle persone immigrate quanto, e soprattutto, dalla popolazione svizzera. In futuro bisognerà seguire con occhio più attento la situazione di vita e di lavoro delle migranti. Occorre evitare di rappresentare in modo stereotipato la situazione di queste donne. Le loro biografie e le loro possibilità personali, professionali e sociali in Svizzera sono molto diverse a dipendenza della provenienza etnica e socioculturale, dell'età, dell'estrazione sociale, della formazione dei genitori, dei motivi di immigrazione risp. di soggiorno. Occorre studiare le discriminazioni legali e di altra natura di cui le donne straniere sono vittime; e attuare misure specifiche per migliorare la loro situazione. Tali misure specifiche per le donne devono essere sviluppate in collaborazione con le organizzazioni delle migranti e con altre specialiste in materia, sia svizzere sia straniere.

3.3. Presa di posizione sull'avamprogetto concernente la modifica del Codice penale riguardante l'interruzione della gravidanza

La Commissione sostiene una modifica del Codice penale riguardante l'interruzione della gravidanza. Invece di 14 settimane, auspica tuttavia un termine di 16 settimane. In caso di interruzione della gravidanza, la donna non deve essere punita neanche dopo la scadenza di tale termine. La decisione di interrompere la gravidanza pone interrogativi etici che solo la donna interessata può risolvere per sé. L'interruzione della gravidanza non va pertanto punita per principio, come suggerisce una proposta di minoranza della Commissione giuridica del Consiglio nazionale. La proposta, secondo la quale l'interruzione è dichiarata non punibile se avviene entro il termine di 14 settimane, rimane tuttavia sostenibile quale proposta di compromesso. In caso di interruzione della gravidanza, deve essere garantita la copertura dei costi da parte dell'assicurazione malattia. La Commissione federale per i problemi della donna esige inoltre che si realizzi un maggior numero di misure preventive; quali l'educazione sessuale obbligatoria nelle scuole, l'assunzione dei costi degli anticoncezionali da parte delle casse malati; e una migliore offerta di consultori a carattere generale e di pianificazione familiare. Essa sottolinea inoltre l'urgenza di colmare le lacune esistenti nella politica sociale e della famiglia (assicurazione maternità, assegni per figli, sorveglianza extrafamigliare dei bambini e dei ragazzi ecc.). (Per il testo integrale si rimanda a F 2-3/97)

3.4. *Presa di posizione sull'avamprogetto relativo alla modifica del Codice civile concernente il nome di famiglia dei coniugi*

La Commissione sostiene la prevista modifica del diritto del nome di famiglia, dato che le disposizioni sinora vigenti per la scelta del nome – diverse per gli uomini e le donne – ledono il precetto di parità. La Commissione caldeggia la nuova soluzione proposta, che dà alla sposa e allo sposo la possibilità di scegliere tra un nome di famiglia comune e il mantenimento del proprio nome. Se i coniugi non fanno alcuna dichiarazione in merito al nome, mantengono i loro nomi precedenti. I genitori coniugati che non portano un nome di famiglia comune possono inoltre scegliere il nome del figlio/della figlia comune. (Per il testo integrale si rimanda a F 2-3/97)

4. *Progetti conclusi*

4.1. *Campagna nazionale «No alla violenza contro la donna nella coppia»*

La lotta alla violenza contro le donne è uno dei temi prioritari della Commissione. Quale lavoro a seguito del convegno «Tolleranza zero! Premesse per una politica che non tollera più la violenza degli uomini contro le donne», tenutosi nel dicembre 1996, la Commissione ha partecipato alla prima campagna nazionale «No alla violenza contro la donna nella coppia», realizzata tra maggio e luglio 1997 a cura della Conferenza svizzera delle delegate per la parità in collaborazione con vari organismi patrocinatori. L'obiettivo della campagna era la più ampia sensibilizzazione dell'opinione pubblica. Inoltre si volevano sollecitare le donne colpite e gli uomini che esercitano violenza a un impegno attivo contro simili comportamenti, proprio partendo dalla loro ottica di vittime risp. di attori. La campagna si è avvalsa di vari strumenti: affissione di manifesti nei mezzi di trasporto pubblici, ampia diffusione di materiale informativo (locandina con informazioni basilari, opuscolo con suggerimenti per persone interessate, cartoline postali, pieghevole in varie lingue per migranti), spot televisivi durante due settimane alla Televisione svizzera, sportello telefonico durante dieci settimane, varie manifestazioni e attività nei cantoni, e pubblicazione di due libri sull'argomento.

4.2. *Udienza sulle modalità di una più equa distribuzione del lavoro tra i sessi*

In concomitanza con la pubblicazione dei rapporti menzionati ai punti 2.1. e 2.2. sul tema «donna e lavoro», la Commissione ha approfondito nell'ambito di un'udienza le modalità per giungere a una più equa ripartizione del lavoro tra i sessi. L'obiettivo era, da un lato, di approfondire l'argomento e, dall'altro, di mettere a fuoco le questioni tuttora aperte, sulle quali lavorare in seguito. Oltre ai membri della Commissione, a quest'udienza hanno partecipato altre persone interessate provenienti da vari settori specialistici. Markus Meier di Zurigo, membro del Gruppo di lavoro «ridistribuzione del lavoro» del Partito socialista svizzero (PSS), ha tenuto una relazione sul modello della doppia settimana lavorativa di 25 ore e

sul bonus per la combinazione lavoro professionale/lavoro domestico proposto dal PSS; il prof. Hans Würzler di Pfäffikon, copresidente della Società per un'equa ripartizione del lavoro (GeGAV), l'ha tenuta sull'iniziativa popolare federale «Ripartizione del lavoro»; e il prof. Yves Flückiger dell'Università di Ginevra ha parlato delle misure di politica del mercato del lavoro atte a incentivare la redistribuzione del lavoro tra i sessi. Per terminare, si è avuto un dibattito con relatori e ospiti.

5. *Progetti in cantiere*

5.1. *Preparativi per un contributo della Commissione all'anno del giubileo 1998*

Per sottolineare la ricorrenza del giubileo dello stato federale, la Commissione vuole rendere visibile al vasto pubblico la storia delle donne, in particolare per quanto riguarda l'aspetto della parità tra i sessi. Per il progetto – che provvisoriamente reca il titolo «Cronologia degli avvenimenti rilevanti per la politica delle donne e della parità in Svizzera tra il 1848 e il 1998» – ha pertanto costituito un gruppo di accompagnamento. In collaborazione con una storica, prepara la pubblicazione sia di una tavola cronologica con date e fatti salienti sotto forma di manifesto, sia di schede che spiegano tali eventi e la loro portata per la parità. Entrambe le pubblicazioni usciranno nel 1998 in italiano, francese e tedesco.

Il gruppo di accompagnamento si è occupato durante più sedute delle questioni inerenti al progetto di dettaglio e alla scelta e rappresentazione dei dati di rilevanza storica. Le discussioni dovevano consentire di elaborare in forma precisa e di facile comprensione i contenuti storici del percorso compiuto dalle donne. Facevano parte del gruppo l'incaricata del progetto, la storica zurighese dr. Eva Sutter, esperte svizzeroitaliane e romande, rappresentanti della Commissione e del segretariato della Commissione.

5.2. *Partecipazione politica delle donne*

La realizzazione della partecipazione paritaria delle donne nella politica rientra nelle preoccupazioni centrali della Commissione per i problemi della donna. Ecco perché negli anni passati non ha mai smesso di riproporre questo tema all'attenzione dell'opinione pubblica. Essa ha dunque costituito un gruppo di lavoro, formato da membri suoi e del segretariato. Nel corso di varie sedute il gruppo ha elaborato proposte per le attività commissionari sul tema «donna e politica» in vista dell'anno del giubileo dello stato federale 1998, ma anche in vista delle elezioni al Consiglio nazionale e al Consiglio degli stati del 1999.

6. *Varia*

6.1. *Promozione della donna nell'Amministrazione generale della Confederazione*

In seguito alla pubblicazione del rapporto «Il primo periodo di promozione della donna nell'Amministrazione generale della Confederazione 1992-1995», curato dall'Ufficio federale del personale, la Commissione si è occu-

pata della situazione del personale femminile. In una lettera al consigliere federale competente, essa approva da un lato gli sforzi intrapresi per migliorare la situazione delle donne impiegate dalla Confederazione, mentre critica il fatto che solo il 60% degli uffici federali hanno messo in vigore durante questo primo periodo un programma di promozione della donna. Per il secondo periodo di promozione della donna 1996-1999, la Commissione ha identificato le seguenti necessità di intervento: tutti gli uffici federali dovrebbero allestire un programma di promozione della donna e aumentare mediante obiettivi concreti la quota delle donne, in particolare nelle posizioni con responsabilità di conduzione. Importante è inoltre che si parifichino sistematicamente il lavoro a tempo parziale e a tempo pieno. Affinché possano meglio assolvere il loro compito, le delegate per la parità devono disporre di una sufficiente dotazione in unità lavorative, di un inserimento gerarchico più alto a livello di ufficio federale, e di un accesso diretto alla direzione. Contro le molestie sessuali sul posto di lavoro di devono elaborare direttive risp. predisporre misure impegnative. Gli sviluppi futuri andranno analizzati nell'ambito di regolari rapporti e di un migliore monitoraggio. Allo scopo sono necessari nuovi strumenti e meccanismi di controllo da parte dell'Ufficio federale del personale.

6.2. Contatti

La seduta plenaria di due giorni, tenutasi in novembre a Bellinzona, ha offerto alle membre e ai membri della Commissione l'opportunità di incontrarsi, per uno scambio di vedute e informazioni sulla situazione delle donne nel Cantone Ticino, con rappresentanti del mondo politico locale e cantonale, con la Commissione cantonale per la condizione femminile e con rappresentanti della stampa.

La presidente della Commissione, Chiara Simoneschi-Cortesi, ha visitato in giugno su invito di Marianne Heimoz, direttrice del penitenziario femminile di Hindelbank, questo istituto per orientarsi sulle opere di risanamento edilizio realizzate e sulla situazione delle reclusi.

Il segretariato della Commissione ha partecipato agli incontri tra deputate, che si tengono durante ogni sessione parlamentare, e così pure all'incontro con le presidenti delle organizzazioni femminili svizzere.

6.3. Centro di documentazione sulla condizione femminile

Anche nel corso di questo anno, il Centro di documentazione si è arricchito di letteratura specialistica d'attualità. Da menzionare sono in particolare le circa 150 pubblicazioni trattate nella bibliografia ragionata «Ripercussioni delle misure di deregolamentazione sulle donne», pubblicata dalla Commissione. Questa selezione di letteratura internazionale sull'argomento, sin qui difficilmente accessibile in Svizzera, può ora essere richiesta in prestito alla biblioteca. Tra gli altri servizi forniti rientrano, come in passato, le informazioni date a voce e per scritto sulla letteratura rilevante in materia di parità, l'allesti-

mento di elenchi bibliografici su temi specifici, il prestito di libri e opuscoli, l'invio periodico di un elenco delle nuove acquisizioni. L'installazione di una nuova versione del sistema di documentazione bibliografico LIDOS ha reso più semplice e agevole le ricerche in biblioteca.

6.4. Affari internazionali

Dal 13 al 14 novembre 1997 si è svolta a Istanbul la IV Conferenza ministeriale europea sulla parità tra donna e uomo. Argomento di questo convegno era «La democrazia e la parità tra donna e uomo», che è stato trattato in due sezioni: «La parità tra le donne e gli uomini in quanto criterio fondamentale della democrazia» e «Promozione della parità in una società democratica: il ruolo degli uomini». Si è approvata una dichiarazione sulle strategie per l'attuazione della parità tra donna e uomo nella politica e una risoluzione che sottolinea l'urgenza di attuare misure mirate. A questa conferenza organizzata dal Consiglio d'Europa hanno partecipato Patricia Schulz, direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, Chiara Simoneschi-Cortesi, presidente della Commissione federale per i problemi della donna, quale capodelegazione, Elisabeth Keller, responsabile del segretariato della Commissione, e il dr. Werner Seitz, responsabile del settore votazioni e elezioni presso l'Ufficio federale di statistica. Chiara Simoneschi-Cortesi aveva già rappresentato la Svizzera in giugno a Strasburgo in occasione del seminario preparatorio per questa conferenza. Le attività del Comitato per la parità del Consiglio d'Europa (*Comité Directeur pour l'égalité entre les femmes et les hommes*) erano legate soprattutto ai preparativi per la Conferenza di Istanbul. Già per la quinta volta, si è tenuto l'Atelier internazionale sulla parità tra donna e uomo in Europa, a cui ha partecipato per la Svizzera Claudia Kamber dell'Ufficio federale per la sanità (Tallinn, 27-29 novembre 1997). Questo atelier internazionale serve allo scambio di informazioni e di esperienze in materia di politica delle donne e politica della parità tra gli stati dell'Europa occidentale, centrale e orientale. Quali località per tenervi le conferenze si privilegiano per tradizione gli stati dell'Europa centrale e orientale allo scopo di consentire loro un'ampia partecipazione. Altri temi del Comitato sono stati, nel corso dell'anno, la lotta alla violenza contro le donne e la tratta delle donne.

La Commissione federale per i problemi della donna si è fatta informare sullo stato dei lavori intrapresi in Svizzera al seguito della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne, tenutasi a Pechino nel 1995. Essa ha inoltre preso parte in novembre all'incontro informativo indetto dall'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo per le organizzazioni non governative.

PRIORITÀ 1998

1. Prossime pubblicazioni

1.1. Tavola cronologica e schede di approfondimento sugli avvenimenti rilevanti per la storia delle donne

Si prevede di pubblicare una tavola cronologica relativa alla storia delle donne in Svizzera, corredata da schede di approfondimento che spiegano nei particolari la portata degli eventi menzionati per la parità (titolo provvisorio: «Cronologia degli avvenimenti rilevanti per la politica delle donne e della parità in Svizzera tra il 1848 e il 1998»).

1.2. F-Problemi al femminile

Usciranno altri 2 o 3 numeri del bollettino F-Problemi al femminile dedicati ai temi di attualità. La veste grafica sarà rielaborata allo scopo di rendere più agevole la lettura.

2. Consultazioni

Per le consultazioni riguardanti progetti di legge rilevanti per le donne e per la parità si elaboreranno delle prese di posizione.

3. Progetti correnti e gruppi di lavoro

3.1. Cronologia degli avvenimenti rilevanti per la politica delle donne e della parità

Il gruppo di lavoro «cronologia» prepara la pubblicazione della tavola cronologica e delle schede di approfondimento sulla storia delle donne in Svizzera tra il 1848 e il 1998.

3.2. Politica

Il gruppo di lavoro «politica» concretizza le proposte per azioni della Commissione in vista delle elezioni federali del 1999 e contatta rappresentanti dei partiti e dei mass media, come pure altre cerchie interessate.

3.3. Assicurazione maternità/politica sociale

Il gruppo di lavoro «politica sociale» si occupa di nuovo dell'assicurazione maternità, segue il dibattito in corso sui diversi rami delle assicurazioni sociali e formula, se del caso, all'attenzione del plenum, proposte per attività commissionali.

3.4. Ridistribuzione del lavoro

La Commissione continuerà a approfondire, magari nell'ambito di uno speciale gruppo di lavoro, il tema delle modalità di una più equa ripartizione del lavoro tra i sessi.

4. Altri temi

- Sviluppi e prospettive della politica delle donne e della parità
- Violenza contro le donne
- Educazione, formazione professionale
- Conciliabilità tra famiglia e professione
- Sorveglianza extrafamigliare della prole
- Fiscalità
- Tecnologie genetiche e riproduttive
- Rifugiate e migranti
- Lavori al seguito della IV Conferenza mondiale sulle donne (Pechino, settembre 1995) e attuazione del Piano d'azione nazionale per la Svizzera

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)